

# Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brühlstr. 2-5.  
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du selber kein Ganzes werden  
\*\*\*\*\* Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an \*\*\*\*\*

Inserate: Zellenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einlösend. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

## Hilfe für die Erwerbslosen!

### Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

In voriger Nummer der „Stimme“ wurde auf die immer noch wachsende Arbeitslosigkeit und auf Maßnahmen der Regierung zur Verringerung dieser Erscheinung verwiesen. Auch unsere Berufsgruppe, die Porzellan- und Steingutindustrie, hat recht stark, wenn auch nicht so stark wie manch andere Berufsgruppe, unter dieser Krise zu leiden. Prozentual ihrer Mitgliederzahl sind an der Arbeitslosigkeit, nach einer Zusammenstellung der Verbände, die Verbände wie folgt beteiligt: Monat Mai: Gutarbeiter 24,9, Dachbeder 28,2, Tabakarbeiter 27,8, Lederarbeiter 22,2, Bekleidungsarbeiter 22,2, Baugewerksbund 22,0, Kupfer- und Schmied 22,5, Metallarbeiter 20,6, Textilarbeiter 19,9, Fleischer 18,1, Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 15,2, Buchbinder 14,5, Holz- u. Holzwarenarbeiter 14,2, Maschinenisten 12,8, Graphische Arbeiter 10,7, Württner 10,6, Gärtner 10,5, Verkehrsbund 9,7, Maler 9,8, Steinarbeiter 8,2, Buchdrucker 6,3, Friseur 4,8, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 2,2, Gemeinde- und Staatsarbeiter 1,5. Von 27 Verbänden, die berichtet haben, stehen wir im bezug auf Arbeitslosigkeit an sechzehnter Stelle. Bei Kurzarbeit marschieren wir an vierter Stelle. Hier folgen sich die Berufsgruppen so: Textilarbeiter 50,9 Proz., Schuhmacher 37,4, Buchbinder 36,2, Tabakarbeiter 31,4, Gutarbeiter 30,4, Lederarbeiter 29,0, Metallarbeiter 25,8, Sattler, Tapezierer 25,4, Porzellanarbeiter 20,5, Bekleidungsarbeiter 18,4, Holz- u. Holzwarenarbeiter 18,3, Maschinenisten 9,3, Graphische Arbeiter 7,8, Kupfer- und Schmied 7,2, Dachbeder 6,5, Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 6,5, Verkehrsbund 4,6, Fleischer 4,1, Steinarbeiter 3,8, Württner 3,4, Maler 3,1, Buchdrucker 1,6, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 0,7, Gärtner 0,2, Gemeinde- und Staatsarbeiter 0,2. Am 1. Oktober des vergangenen Jahres betrug die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 6602, am 1. November 363 119, am 1. Dezember 673 815, am 1. Januar 1926 1 498 681, am 1. Februar 2 029 855, am 1. März 2 655 928, am 1. April 1 942 511, am 1. Mai 1 794 165. Das sind aber nur die Unterstützungsempfänger. Die Gesamtzahl der in Deutschland vorhandenen Arbeitslosen ist viel größer. Seit Mai 1925 wieder eine Verschlechterung eingetreten, so daß man im Augenblick, wo dieser Artikel geschrieben wird, mit 2 Millionen Arbeitslosen rechnen kann. Zu den 2 Millionen unterstützten Arbeitslosen kommen etwa noch eine Million nicht unterstützte. Dann kommen noch dazu die circa 2 Millionen Kurzarbeiter. Wenn man annimmt, daß diese halbe Lage arbeiten, so kommt wieder eine Million völlig Erwerbsloser heraus. Alleenin wird angenommen, daß wir im Augenblick 3 1/2 bis 4 Millionen Erwerbslose haben. Diese sind, auch wenn sie eine lange Unterstützung erhalten, zum Hungern verdammt. Ein riesiger Ausfall an Produktion und damit an Volkseinkommen läuft nebenher. Dabei ist kein Ende dieses Zustandes zu sehen. In Frage kommende Volkswirtschaftler rechnen damit, daß dieser Zustand noch jahrelang anhält. Am 23. Juni hat eine Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenvertreter mit dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, bei der die Gewerkschaftsvertreter auf die Lage der Reichswirtschaftsministeriums ihre Ansichten über die immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit mitteilten. Auch der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hatte zur laufenden Verhandlung der mit einer Beschäftigung Erwerbsloser zusammenhängenden Vorstandsarbeiten, Arbeitsbeschaffung usw. einen ständigen Unterausschuss eingesetzt. Dieser Unterausschuss hat dem Reichstag Vorschläge unterbreitet und der Reichstag hat am 23. Juni folgendes beschlossen:

- 1. Ausgehend von der Erwägung, daß mit der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise seit Anfang d. J. etwa 2,5 Millionen völlig Erwerbsloser und mehrere Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind;
- 2. diese Krise in unverminderter Schärfe anhält und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Abminderung erfährt;
- 3. das zweite Krisenjahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erhöhte Not im Geolge hat und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert, hält der Deutsche Reichstag es für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.
- 4. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Ansehung kommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits baureife Pläne vorliegen, oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzlicher Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören unter anderem
- 1. der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßenbedecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;
- 2. die Kultivierung von Dehlandsflächen, Moorgeländen und anderem unfruchtbaren Boden, der in Deutschland über drei Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile urbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, Ansiedlung usw. bieten;
- 3. die Schiffbauarbeiten deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;
- 4. Fluss- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturböden und anderem Gelände sowie zur Verhütung von Hochwasserbeschädigungen usw.;
- 5. Stauanlagen, Schuttdämme usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserbeschädigungen vorzubeugen;
- 6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 bemerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;
- 7. der Wohnungsbau, dessen großzügige Förderung (auch eventuell durch produktive Erwerbslosenfürsorge) dringend not-

wendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der daniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;

### 8. Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnlichen produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so steht das ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern voraus. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angeregten Arbeiten nicht nur geprüft, sondern in kürzester Frist und in weitgehendem Umfang mit ihrer Durchführung beantragen werden kann. Müssen angeht die großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden — im laufenden Jahresetat eventuell als Nachtrag —, so weist der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die genannten Vorschläge enthalten, Anleihen mitzunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlich-rechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Staatsanleihe zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, a) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachleistungen im Rahmen des als möglich erachteten Transfers; b) zu untersuchen, inwieweit der große Anreiz von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Auslande verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann.

Die Reichsregierung hat sich mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden erklärt. Nun liegt zum ersten Male in umfangreicher, umfassender Form ein größeres Arbeiterprogramm zur Beschäftigung Erwerbsloser vor. Es muß aus nachdrücklichste dahin gewirkt werden, daß dieses Arbeiterprogramm mit aller Beschleunigung zur Verwirklichung gebracht wird. Wenn auch damit die allgemeine Wirtschaftskrise nicht behoben ist, so werden die in Frage kommenden Arbeiten doch einem großen Teil Erwerbsloser Arbeit geben und gleichzeitig zur Hebung der Beschäftigung in anderen Industrie- und Gewerbebezirken beitragen. Dies ist lebhaft zu begrüßen, hoffentlich nimmt auch die Porzellan- und Steingutindustrie daran teil.

Der Bundesausschuss des DGB, der in Düsseldorf tagte, nahm auch Stellung zur ganzen Wirtschaftspolitik und zum neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und ein Vertreter des Reichsarbeitsministers nahmen an der Tagung teil. Der Reichswirtschaftsminister teilte mit, daß die Reichsregierung bereits praktische Maßnahmen zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms getroffen habe. Ein Ministerialausschuss soll die Verwirklichung beschleunigen und bürokratische Hemmungen beseitigen. **T u i s k o W e l .**

### Eine Besprechung der Spitzenorganisationen mit dem Reichswirtschaftsminister.

Zum 23. Juni hatte der Reichswirtschaftsminister die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu sich gebeten, um sie über die Schwierigkeiten aufzuklären, die der Durchführung der sogenannten Ruffentrebite entgegenstehen. Bekanntlich hat sich das Reich bereit erklärt, bei Exporten nach Rußland bis zu einer Gesamthöhe von 300 Millionen Mark eine Ausfallgarantie von 40 v. H. zu übernehmen. Durch die Härtnädigkeit insbesondere der Banken kommen die Verhandlungen, die Wege erschließen könnten, um einem Teil der Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, leider nicht vorwärts. Immerhin konnte der Minister die Zusicherung geben, daß die Besprechungen nicht abgebrochen seien, wie es in einem Teil der Presse behauptet wurde\*).

Anschließend hat der Minister die Gewerkschaftsvertreter, ihm ihre Ansichten über die immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit mitzuteilen. Kollege S p l i e d t vom DGB entwarf daraufhin ein Bild der bestehenden Arbeitslosigkeit, die erst in den letzten Wochen wieder zugenommen habe. Die Zahlen der Arbeitslosen werden sich in den nächsten Monaten kaum senken und so scheie zu befürchten, daß sie im Winter recht bedeutend steigen werden. Trotzdem dürfe keinesfalls an eine Herabsetzung der Unterstützungssätze gedacht werden. Insbesondere dürfe nicht zugelassen werden, daß Industriearbeiter in landwirtschaftlichen Bezirken geringere Unterstützungssätze bekommen, nur weil die Landwirte dieser Bezirke ihren Arbeitern eine völlig ungenügende Bezahlung bieten. Man müsse sich im Gegenteil darüber verständigen, wie die Unterstüttungen noch erhöht werden könnten. Als man die Höhe der Unterstüttungen festgesetzt habe, habe man sie nur als Aushilfe für kurze Arbeitslosigkeit gedacht. Bei monatelanger Arbeitslosigkeit seien sie aber völlig ungenügend.

Eine Minderung der Arbeitslosigkeit könne erzielt werden durch die Ausnutzung der Ruffentrebite, durch Auftragserteilungen von Reichspost und Reichsbahn, die ja erst kürzlich 100 Millionen Mark auf dem Anleihewege aufgenommen habe, und durch andere produktive Maßnahmen größeren Stils. Dazu gehöre in erster Linie Siedlungspolitik, Kanal- und Straßenbauten. All diese Dinge müßten ja doch eines Tages gemacht werden. In einigen Jahren haben wir vielleicht weniger Arbeitskräfte durch den Geburtenrückgang während des Krieges, hoffentlich auch größere Beschäftigung. Will man etwa gerade dann diese Arbeiten nachholen? Die vorgeschlagenen Arbeiten seien in hohem Maße werterzeugend und von dauerndem Nutzen. Es sei deshalb durchaus zweckmäßig, sie auf dem Wege der Anleihe zu finanzieren. Der inländische Kapitalmarkt sei noch lange nicht erschöpft, wie die Ueberzeichnung der Eisenbahnanleihe beweise; auch der ausländische stehe offen. Zudem berge die deutsche Wirtschaft noch Steuerreserven, die ausgebenet werden könnten. Freilich verkenne er die Schwierigkeiten nicht, die sich all diesen Arbeiten entgegenstellen: sie lägen in der Zu-

\* Inzwischen haben die Verhandlungen unter Vermittlung des Reichswirtschaftsministers zu einer Einigung geführt.

ständigkeitsfrage der einzelnen Behörden, lägen daran, daß sich Länder, Provinzen und Kommunen gegen eine reichsrechtliche Regelung sträubten. In diesen Kleinlichen Widerständen dürfe aber die Arbeitsbeschaffung keinesfalls scheitern.

Spliedts Ausführungen wurden wirkungsvoll von Eggert ergänzt, der auf die Nationalisierungsfrage einging. Die Arbeitererschaft wehre sich nicht gegen die Nationalisierung, trotzdem gerabe sie die Folgen unmittelbar verspüre. Sie wolle aber dafür auch die Wirkungen sehen, die sich in einer fühlbaren Preisherabsetzung zeigen müßte. Freilich stünden die Preise für Fertigwaren, aber nur deshalb, weil die Rohstoffpreise viel stärker sinken. Die Spanne zwischen Rohstoffpreisen und Fertigwarenpreisen werden jedoch immer größer. Hieran aufknüpfend, verlangte S c h w e i g e r vom Reich und Ländern Maßnahmen gegen die Kartelle, die künstlich die Preise hochhielten. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften wies auf den Kampf der Konsumvereine gegen das Kartellwesen hin und verlangte Einwirkungen des Reichswirtschaftsministers.

Der Minister dankte den Gewerkschaftsvertretern für ihre Ausführungen, erklärte, daß sein Ministerium all die angeschnittenen Fragen mit größter Aufmerksamkeit verfolgte, und daß er sich vorbehaltlos, die Gewerkschaftsvertreter zu gegebener Zeit wieder zu einer Besprechung zu bitten.

### Porzellan-Ausstellung in Selb.

Ans Anlaß der 500-Jahrfeier der Stadtwerbung von Selb hat man hier auch eine Ausstellung der Erzeugnisse der Porzellanfabriken von Selb und nächster Umgebung veranstaltet. In den Räumen der Staatlichen Fachschule für die Porzellanindustrie ist dieselbe gut untergebracht. Die Leitung des ganzen mühevollen Aufbaues lag in den bescheidenen Händen des Herrn Prof. Klee, der ungewöhnlich mit den vorhandenen Räumen und den gelieferten Ausstellungsobjekten das menschlich Mögliche zu erzielen wußte. In geschmackvoll eingerichteten Sälen waren die hauptsächlichsten Erzeugnisse der örtlichen Porzellanindustrie zur Schau und damit der Kritik der interessierten Besucher gestellt. Nach der technischen wie künstlerischen Seite können wohl die allermeisten Ausstellungsgegenstände jeder sachverständigen Kritik standhalten. Den ersten Platz in technischer wie künstlerischer Beziehung dürfte unstreitig die Firma Phil. Mosenthal sowohl in Geschirre als auch Kunstgegenständen behaupten. Ob die ausgestellten moderneren Plastiken in Weiß dem Material entsprechen, mögen berufenerer Feberer darlegen; meiner Meinung nach passen solche Modelle für Holz, aber nicht für Porzellan. Das spreche ich aus auf die Gefahr hin, von einem Vorkritiker als Banalgebet abgetan zu werden. Man sieht in allen Abteilungen das ernste Suchen nach neuen Ausdrucksformen, ohne daß jedoch so etwas wie ein neuer brauchbarer Stil sich durchgerungen hat. Begleitet man die heutigen Erzeugnisse der Porzellanindustrie jedoch mit denen der 80er und 90er Jahre, so muß ein gewaltiger Fortschritt der Erzeugnisse festgestellt werden. Nicht nur in der Formgebung, als besonders in zum Teil wunderbaren Dekorationen.

Nach von allen anderen Betrieben werden Porzellane ausgestellt, die sich wohl jeder sachverständigen Kritik stellen dürfen. Die Zeugnis ablegen, daß den Fabriken in Selb außerordentlich tüchtige Facharbeiter als Dreher, Formner, Maler zur Verfügung stehen müssen. Das ist um so bemerkenswerter, als in Selb erst seit circa 70 Jahren Porzellan hergestellt wird und alle Facharbeiter aus anderen Gegenden abholt werden mußten. Von irgendeiner Tradition, wie beispielsweise in Meissen, ist deshalb auch nichts zu spüren. Trotz des hohen Eintrittspreises (1 Mk.), der hoffentlich für die Arbeiter herabgesetzt wird, muß jeder Arbeiter der Porzellanindustrie der Besuch aufs wärmste empfohlen werden. Sehen doch die Kollegen im Rohbetrieb höchst selten ein fertig belohntes Stück und sind nie in der Lage, auch ihren Tisch mit den Erzeugnissen ihrer Kunstfertigkeit zu schmücken. Das im Besitz der Porzellanarbeiter befindliche Porzellan ist nicht als Ausschick, das man nicht besser verwerten kann, als daß es die Arbeiter kaufen dürfen. Durch den Besuch der Ausstellung können unsere Kollegen auch mancherlei lernen. An ziemlich verstreuter Stelle, im Kellergehöbe der Fachschule, sind im Brand verunglückte Porzellangegenstände ausgestellt, die für Modelliermacher, Formner und Dreher schon aus beruflichen Gründen hohes Interesse erwecken. Da können sich auch die hochmögenden Direktoren umsehen, die jederzeit, durch besonderen Mangel an allen Fachkenntnissen ausgezeichnet, ohne weiteres dem Roharbeiter die Schuld am Defekt geben, ohne sich den Kopf anzustrengen, ob nicht im Material, Modell, falsch angewandten Stützen u. dergl. der Grund liegt. Es gibt also für beide Teile zu lernen.

Was mir als Arbeiter beim Besuch der Ausstellung nahe ging, war der Umstand, daß man der Arbeitererschaft hier wie überall die Rolle des Nebenbrotz zuteilte. Schon der Umstand, daß man in das Komitee zur Vorbereitung der Ausstellung keinen Arbeiter berief, beweist genügend, wie wenig man in den maßgebenden Kreisen die Bedeutung der Arbeitererschaft bei der Herstellung solcher hochwertiger Produkte anerkennen will. Die paar dürftigen Broden, die bei Gelegenheit der Eröffnung der Ausstellung der Arbeitererschaft als Anerkennung so nebenbei hingegeben wurden, sind nicht genügend; so wenig, als die Leistung der Techniker, Chemiker, Bildhauer genügend gewürdigt wurden. Hatte man vielleicht Angst, daß die Arbeiter ihre Anschauungen über den Zukunftsstaat zur Schau stellen würden? Oder gar die trostlosen Verhältnisse des Gegenwartstaates? Ihre Arbeitsräume im Gegenjag zu den lauberen der Staatlichen Fachschule? Oder gar die zum Teil unbeschreiblichen Wohnungen der Arbeitererschaft, die solche hochwertigen Erzeugnisse zu schaffen vermögen? Ohne die Kulturarbeit der gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen der Arbeiter wäre die Arbeitererschaft der deutschen Porzellanindustrie längst in einem Zustand verfunken, in dem Leistungen, wie auf der Porzellanausstellung gezeigt, nicht mehr zu erzielen wären. Die Unternehmer und Direktoren, meist Kaufleute, in technischen Fragen völlig von ihren „Oberrn“ abhängig, scheinen nicht daran zu denken, daß die Erzeugnisse ihres Betriebes in technischer und künstlerischer Beziehung auf absteigender Bahn abrutschen, wenn nicht der Ausbildung des Nachwuchses an Facharbeitern alle Aufmerksamkeit und Mühe zugewandt wird. Hochwertiges Porzellan wird immer ein Produkt geschickter Hände sein, da ist es un-

möglich, mit ungeschulten Arbeitskräften „am Rand“ wertvolles Porzellan herzustellen. Heute kann man von Ausbildung nicht reden, und es ist nur eine noch größere Ausbeutung als bei den Erwachsenen, wenn der „Lehrling“, im Allford schuftend, nur die Hälfte, 2/3 oder 3/4 des eigentlichen Arbeitslohnes erhält. Vielleicht trägt es auch zur technischen und künstlerischen Ausbildung bei, wenn der junge Mensch die Arbeitsräume kennen muß? Damit er ja rechtzeitig mit Tuberkulose, der Geißel der Porzellanarbeiter, infiziert wird. Hier müssen die erwachsenen Kollegen sich schützend vor die gefährdete Arbeiterjugend stellen, denn es ist Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut.

Dem tieferen Kenner der wirklichen Verhältnisse der Arbeiter in der Porzellanindustrie wäre ein weit größerer Gewinn bei Besuch der Ausstellung beschieden, wenn nicht bei der Betrachtung der wundervollen Produkte immer wieder die ungenügende Bezahlung der Hersteller und die hartnäckigen Kämpfe um jeden Bruchpfennig Lohn ins Bewußtsein treten würden. Und wie erbittert muß nicht um das geringste Maß von Mitbestimmungsrecht mit den Vertretern des „Herrn im Hause“, Standpunktes gerungen werden, weil nicht Unternehmer und Arbeiter mehr einander gegenüberstehen, sondern der unvermeidliche Syndikus seine Daseinsberechtigung beweisen muß. Diese Syndizal, meist Doktoren irgendeiner Fakultät, unbeschwert von Neuwahlen der Porzellanindustrie, sind ja nicht dazu da, gemeinsame Interessen zu vertreten, sondern ihre Position ihren Vorgesetzten gegenüber zu verbessern. Das geschieht nach Meinung dieser Herren am besten dadurch, daß man trotz Verträge jedem Scharfmacher in der Sabotage der eingegangenen Verpflichtungen mit allen Kniffen und Wiffen hilfreich zur Seite steht. In keiner anderen Industrie scheint man deshalb auch mehr Interessenslosigkeit bei dem größten Teil der Unternehmer zu finden, als gerade in der Porzellanindustrie, wenn es gilt, durch rationellere Arbeitsmethoden auch dem Arbeiter einen größeren Anteil an den Kulturgütern zu sichern. Ohne kulturelle Hebung der Arbeiterschaft ist aber eine weitere Verbesserung der Porzellanproduktion in technischer und künstlerischer Hinsicht undenkbar. Wollen die Arbeiter der Porzellanindustrie in ihren Lebensbedingungen nicht weiter herunterstufen, wollen sie ihr Recht als Mitbestimmende nicht preisgeben, dann müssen sie sich dieses Recht erkämpfen. Wie auch alle Verbesserungen auf gesundheitslichem Gebiet, um nicht in jungen Jahren dem Profitinteresse des kurzfristigen Unternehmers durch vermeidbare Tuberkulose geopfert zu werden, wo glücklichere Menschen erst anfangen zu leben. Von anderer Seite hat der Arbeiter keine andere Hilfe zu erwarten, auch nicht von einer weißblauen Rgl. bayer. Staatsregierung, deren Vertreter sich bei Eröffnung der Porzellanindustrie mit drei Worten der Arbeiterschaft in der Porzellanindustrie erinnerte. Wollen sich unsere Kollegen die Rechte erkämpfen, die ihnen für ihre Leistungen gebühren, wollen sie mit ihren Frauen und Kindern ein lebenswertes Dasein erringen, wollen sie als Gleichberechtigte in Politik und Wirtschaft beachtet werden, so müssen sie auch erkennen, daß nicht der einzelne sich durchsetzen kann, sondern nur durch gemeinsamen Kampf eine bessere Zukunft für uns heranzuführen kann. Wer die Augen nicht gewaltsam verblendeht, wird sehen, daß die Unternehmer trotz ihrer Kapitalmacht ohne politische, religiöse oder sonstige Eigenbröckel in festgeschlossenen Kampfverbänden der Arbeiterschaft gegenüberstehen zur Verwirklichung des Anspruchs jenes „christlichen“ Hirten in Regensburg, der da sich zu sagen traute: „Wer Knecht ist, soll auch Knecht bleiben.“ Soll dieser triviale Anspruch dieses „wunderbaren Christen“ zutage kommen, sollen unsere Kinder als freies Volk auf freiem Boden stehen, sollen sie sich der Bedrückung ihrer Vorgänger nur als eines schrecklichen Traumes erinnern, dann werde ein jeder für den Eintritt in die gewerkschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen der freien Arbeiterschaft. Dann kämpft für eure Gleichberechtigung in der staatlichen und menschlichen Gemeinschaft, und der Sieg muß euer sein!

Hermann Böckner.

## Weltwanderungskongress.

(London, 22. bis 25. Juni 1926.)

Die Krisis des Arbeitsmarktes, von der in erster Linie die europäischen Industrieländer heimgejagt sind und die, mit einigen Unterbrechungen, schon mit der Beendigung des Krieges begonnen hat, hat in allen betroffenen Ländern eine starke Bewegung zur Auswanderung in der Arbeiterklasse hervorgerufen. Naturgemäß richten sich die Blicke der Auswanderungslustigen in erster Linie nach den Ländern mit besserer Wirtschaftslage, insbesondere also nach den Vereinigten Staaten und den übrigen Ländern des amerikanischen Kontinents. Das Auswanderungsproblem wird dadurch kompliziert, daß in erster Linie Industriearbeiter von der Krisis betroffen sind, und daß andererseits die Auswanderer unter den Ländern, die Industriearbeiter in größerer Zahl aufnehmen könnten, nur äußerst gering ist. Evident sind es überhaupt nur die Vereinigten Staaten. (Nupland, das objektiv auch in Frage käme, scheidet aus einer Reihe von Gründen aus der Betrachtung aus.) Aber gerade die Vereinigten Staaten haben durch eine Reihe von gesetzgeberischen Akten ihre Tore dem Einwandererstrom auch aus Europa so stark verriegelt, daß nur noch eine Mindestzahl von Einwanderern ins Land hineinkommt. Zudem sind die Bedingungen auch für die Zugelassenen so rigoros, daß Arbeiter, die aus Not ihre europäische

Heimat verlassen, kaum in der Lage sind, ihnen genügen zu können. Uebrigens liegt es in Australien, das auch wegen der hohen Reisekosten als Ziel für arme Auswanderer kaum in Frage kommt. Kanada nimmt nur landwirtschaftliche Arbeitskräfte auf. In den Ländern, die sich dem Einwanderer gegenüber gastlicher erweisen, fehlt es für große Massen von Industriearbeitern an Arbeitsgelegenheit. Die Arbeiter in der Landwirtschaft aber in diesen Ländern sind für die nord- und mitteleuropäischen Arbeiter zu schwer und namentlich aus klimatischen Gründen höchst ungesund.

England hilft sich z. B. wenigstens dadurch, daß es Arbeitslose, die sich zur Auswanderung bereifunden und dazu geeignet sind, in den eigenen Kolonien unterzubringen, bemüht ist. Es wendet dafür in neuerer Zeit namhafte Mittel auf. England ist aber fast das einzige Land, das über Siedlungskolonien in größerem Ausmaß verfügt.

Der Arbeiterschaft fast aller anderen Länder ist der Massenstrom in fremde Länder, namentlich in Uebersee, so gut wie verjagt. Und doch bringen ungezählte Tausende zur Auswanderung.

Es ist daher eine verdienstliche Tat, daß der IWW sich entschlossen hat, einen Weltkongress einzuberufen (gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale), der sich mit diesem Problem zu beschäftigen hatte.

Der Kongress, auf dem der IWW durch Knoll vertreten war, hat die Frage nach jeder Richtung hin eingehend geprüft und festgestellt, daß es sich hier um eine Erscheinung handelt, die mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in engster Beziehung steht. Er hat aber auch deutlich erklärt, daß durch die Auswanderung diese Krise nicht behoben werden kann. Er hat aber natürlich auch alle möglichen Erleichterungen für die Massen, die auswandern können und wollen, gefordert. Die Mehrheit des Kongresses war für absolute Freizügigkeit; die Vertreter der Einwanderungsländer haben sich jedoch sehr lebhaft gegen diese Auffassung gewendet, aus Gründen, die man nicht ohne weiteres in den Wind schlagen kann. Der Kongress hat sich nicht der Einsicht verschließen können, daß das Andringen starker Arbeitermassen nach Ländern mit besseren Wirtschaftsbedingungen eine Gefahr für die eingewiesene Arbeiterschaft werden kann. Er hat deshalb nach Wegen gesucht, die eine solche Gefahr nach Möglichkeit beschränken und aufheben.

Der Kongress hat seine Arbeit in folgenden Forderungen und Beschlüssen zusammengefaßt:

### I.

#### Staatliche Wanderungsämter und Internationales Wanderungsamt.

Der Kongress ist der Ansicht, daß in jedem Lande ein staatliches Wanderungsamt errichtet werden soll, in dem die gewerkschaftlichen Organisationen eine angemessene Vertretung haben. Ueberdies soll ein Internationales Wanderungsamt, ebenfalls mit angemessener Vertretung der Gewerkschaften, im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes geschaffen werden, um

1. internationale Abkommen und Empfehlungen über das Wanderungsweesen zu formulieren,
2. ausführliche und zuverlässige Auskünfte bezüglich der Wanderung zu erteilen.

### II.

#### Aufgaben der staatlichen Wanderungsämter. — Rechte der Einwanderer in den Einwanderungsländern.

Der Kongress fordert das strenge Verbot jeder Propaganda für die Auswanderung von Seiten der privaten Transportunternehmungen und die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen. Zu diesem Zweck empfiehlt er, daß überall, wo solche noch nicht bestehen, staatliche Wanderungsämter errichtet werden, um den Auswandernden Rat und moralischen Beistand zu gewähren. In diesen Ämtern müssen die Gewerkschaftszentralen ausreichend vertreten sein. Diesen Ämtern soll die Aufgabe übertragen werden, für den Entwurf und für die Annahme von Gesetzen über die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen zu sorgen; ferner für die Beschaffung ausführlicher und zuverlässiger Informationen betreffend die Löhne usw. in den Einwanderungsländern; für die ärztliche Untersuchung der Auswanderer vor der Abreise, die Vorjorge für gute Reiseverhältnisse, den Empfang der Auswanderer in den Einwanderungsländern und ihre Ueberführung in die Orte, wo sie leben und arbeiten werden.

In jedem Lande muß die Gesetzgebung allen eingewanderten Arbeitern, sowohl männlichen als weiblichen, bezüglich der Löhne und der Arbeitsverhältnisse gleiche Rechte mit den eingeborenen Arbeitern sichern. Der unlaetere Anwerbend von Auswandernden muß ein Ende bereitet werden, indem alle Wanderungsagenten und alle anderen Personen, die deren Geschäftsinteressen vertreten, für jeden Schaden haftbar gemacht werden, den den Auswandernden insbesondere durch den Bruch der bestehenden Bestimmungen oder der zwischenstaatlichen Verträge entsteht.

Der Kongress verlangt die Abschaffung der Gebühren für Pässe und Visa für Emigranten in den Durch- und Auswanderungsländern.

mit allen Mitteln niederzuhalten. Dafür lassen sie sich bezahlen, denn sie müssen ja leben. Aber die Syndizal wissen, daß auch die anderen Arbeitnehmer leben müssen. Deshalb verwenden sie ihr „Wissen“ dazu, ihre Mitkollegen zu schädigen. Sie wollen das vielleicht gar nicht, aber sie müssen es, und sie wissen, was sie tun. Es mag sogar für manche Syndizal tragisch sein, eine solche Rolle zu spielen, zumal die Bezahlung für den Kampf gegen die eigene Klasse noch nicht einmal gut ist.

Man hat die Syndizal oft mit den Gewerkschaftssekretären verglichen, und die Syndizal lieben es auch, diesen Vergleich zu ziehen. Aber der Vergleich stimmt nicht. Der Gewerkschaftssekretär ist Fleisch vom Fleische derjenigen, die er vertritt. Was er tut, das tut er in der Weltanschauung. Sein ganzes Streben geht dahin, jenen Mitkollegen, die er vertritt, zu helfen. Der Gewerkschaftssekretär ist geblieben, was er immer war, ein Arbeitnehmer. Der Syndizal dagegen — nun, wir haben es im vorigen Abschnitt gesagt, und es gelüftet uns nicht, diese traurigen Feststellungen zu wiederholen.

Aufgabe der Syndizal ist es, Lohnverhandlungen zu führen. Seit es so ist, nehmen die Verhandlungen von Partei zu Partei immer mehr an Bedeutung ab. Die Schlichtungsinstanzen erscheinen sie dann, die Syndizal, die jugendlichen Wangen gerötet und das zwar noch nicht ausdrucksvolle, aber entwicklungs-fähige Gesicht von Schmissen bedeckt.

Das Trauerspiel, das nun beginnt, ist jedem Gewerkschaftssekretär bekannt. Syndikus und Sachliche sind aneandlich Begriffe, die sich decken. Ein Syndikus verschleppt angeblich nie, es liegt ihm angeblich stets auch das Interesse der Gegenpartei am Herzen. Also wird bei Eintritt in die Tagung sanft bemängelt, daß die Ladung nicht richtig sei. Dieser Irrtum klärt sich nach längerer Zeit auf. Dann stimmt die Befehung der Beiführer auf Unternehmerseite nicht. Durch Beschluß der Kammer wird auch das geredet. Darauf man sich wundert, daß sich die Unternehmerbeiführer nicht selbst für befangen halten, was diese auch jetzt noch nicht tun. Nun stellt sich aber heraus, daß gegen die Gewerkschaften noch ein Prozeß „schwebt“, dessen Ende abzuwarten ist. Es wird ermittelt, daß dieser Prozeß nicht mehr schwebt, sondern zugunsten der Unternehmer am Boden liegt. Nun wird die Aktuation der Gewerkschaften angezwungen. Auch hierüber wächst schließlich Gras. Immer wie-

### III.

#### Die Lage der Einwanderer auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Der Kongress empfiehlt, daß alle Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, um für die einwandernden Arbeiter gleiche Behandlung auf allen in dem Einwanderungslande gesetzlich eingeführten Sozialversicherung zu erwirken. Angeht die Unterschiede im Stand der Gesetzgebung der verschiedenen Länder betrifft der Kongress auf die Vereinheitlichung dieser Gesetze gerichtet. Die Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes und empfindliche Förderung dieser Bestrebungen, sowie die Ausdehnung auf Form der Sozialversicherung (Unfallvergütungen, Arbeitslosen-, Invaliditäts-, Alters- und Lebensversicherung, Renten- und Waisensicherung). Er tritt ferner dafür ein, daß getan wird, um die allgemeine Annahme des Prinzips gegenseitigen gleichen Behandlung herbeizuführen.

### IV.

#### Organisierung der Einwanderer.

Der Kongress empfiehlt dem IWW, alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Organisierung der einwandernden Arbeiter zu fördern.

Im Hinblick auf die gewerkschaftliche Organisation empfiehlt der Kongress ferner:

1. daß von den dem IWW angeschlossenem Landeszentralen und den internationalen Berufssekretariaten in nationalen Anordnungen für die sofortige reibungslose Ueberführung der einwandernden Arbeiter von den Organisationen ihres Herkunftslandes die kompetenten Verbände des Einwanderungslandes getroffen werden;
2. daß die Gewerkschaftszentralen durch Propaganda die Organisierung der einwandernden Arbeiter in Gewerkschaften fördern, unter der Bedingung, daß ländliche Arbeiter nur mit der Zustimmung der Zentralen in besonderen Sektionen organisiert werden;
3. daß die Gewerkschaftszentralen sich bemühen sollen, bezug auf gewerkschaftliche Leistungen jeder Art den einwandernden Mitgliedern eine gleiche Behandlung zu sichern.

### V.

#### Unbeschränktes Recht auf Arbeit.

Der Kongress fordert die Befreiung aller Beschäftigten des Rechts auf Arbeit für gewisse Arbeitskategorien, die zur Folge haben, diese Arbeiter aus der Reihe zu treiben.

## Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit.

Rahla. Die Würfel sind nunmehr gefallen: Einstimmig hat die Gesamtleitung des Fabrikarbeiterverbandes (Vorstand, Ausschuss und Beirat) mit überwältigender Mehrheit der 1. Verbandstag der Glasarbeiter, und mit unabweisbarem Willensdruck haben auch unsere Mitglieder, soweit sie sich an Abstimmung beteiligten, entschieden, daß die drei in Zukunft kommenden Organisationen in ihrer bisherigen Gestalt aufhören haben, zu bestehen, und an deren Stelle das große Arbeitsgebilde treten soll. Durch ein von allen drei Verbänden unterzeichnetes Manifest werden unsere Mitglieder ins Bild gesetzt. Nun gilt es, sich vorzubereiten, damit gegenseitige Scheinpielen und Einfügen in den größeren Massen des Einheitsgebildes nicht all zu schwer wird; denn darüber wird sich schließlich jeder und jede klar sein, daß noch mancher Widerstand zu überwinden sein werden, ehe der Apparat der wünschenswerten Weise funktioniert. Manchem Siebgebenden muß Salet gefagt werden und manches, dem einzeln fremd dünkenbes muß dieser erst lieb gewinnen. Das wird all um so eher geschehen, um so ernsthafter und mit je größerer Eingabe jedes Mitglied an der Erreichung des durch die Verschmelzung gesteckten Zieltes mitarbeit. Nicht auf die Form allein kommt es an, sondern im wesentlichen auf den Inhalt. Die neue Form mit dem richtigen Inhalt anzufüllen, muß ein aller Aufgabe sein. Diese Aufgabe wird unseren Mitgliedern nicht schwer fallen, zu erfüllen; denn der Porzellanarbeiterverband kann auf eine ruhmreiche Vergangenheit zurückblicken. Dieser Ruhm konnte nur zuteil werden durch den Geist, mit dem unsere Mitglieder erfüllt waren. In den Reihen des alten Verbandes, die diesen Geist mit gepflegt und großgezogen haben, gehört unstreitig die Zahlstelle Rahla mit. Sie hat das Banner der Organisation in guten und schlimmen Tagen, bei Sturm und Wetter und bei Sonnenschein hochgehalten. Am 1. August wird der Porzellanarbeiterverband aufgehört haben, zu bestehen, aber der gewerkschaftliche Geist wird auch in dem neuen Gebilde fortleben, dafür, das gelobt sie, wird die Zahlstelle Rahla, der infolge der Verschmelzung Wanderungen nicht einzutreten werden, mit sorgen. Dafür bürgen jene 93 Verbandsmitglieder, denen zum Dank, aber auch zur Ehr und den anderen zum Lehr, wir in unserem treuen Kampfgenossen, der „Arbeitszeit“, der wir ja nun auch scheiden müssen, weil die Entwicklung will, eine Ehrentafel setzen.

\*) Bezieht sich auf jüdische Arbeiter in bestimmten Ländern z. B. in Polen.

## Die Syndizal.

Das deutsche Unternehmertum kann angeblich die „soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ nicht tragen. Krankenkasse, Unfallversicherung, Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, außerdem die Erwerbslosenversicherungsbeiträge machen die Wirtschaft „konkurrenzunfähig“. Dazu leiden die Unternehmer noch sehr unter den „hohen Löhnen und Gehältern“, sowie vor allem unter den „unproduktiven“ Ankosten. Es ist fürwahr ein Jammer!

Nur einen Lichtstrahl gibt es in diesem Elend, das sind die „Syndizal“ — die Mehrzahl von „Syndikus“. Diese Leute halten die Wirtschaft aufrecht. Meist sind diese Herren aus Jahren, sie haben auf der Universität Recht, und zwar speziell Arbeitsrecht, „gehört“. Das ist ihr Fundus, damit treten sie ins Leben. Von einem Betrieh haben sie keine Ahnung. Das die Arbeiter und die Angestellten Menschen sind, das ist ihnen ganz unbekannt. Alles was bei ihnen aus Paragraphen aus. Wo ein vernünftiges Wort große Konflikte ausschalten könnte, da fallen die Syndizal einen Paragraphen dazu.

Jede Arbeitgebervereinigung hat einen oder mehrere dieser Syndizal, und der Stolz jedes größeren Betriebes sind ebenfalls eine oder mehrere dieser Personen, die in dem „Unternehmen“ die „Sozialabteilung“ bilden. Hier wachen sie eifrig darüber, daß aus jedem Arbeiter ein „Fall“ entsteht, um man mit Paragraphen behandeln und aus Prinzipien handeln muß.

In den amerikanischen Großgeschäften gibt es abgerichtete Zeitochsen. Die für die Schlachtbank bestimmten Tiere wittern das Blut, werden störrisch und wollen die Bahn nicht betreten, die in den Tod führt. Dem Piloten ist diese Bahn vertraut, er trakt sie vergnügt, denn für ihn führt sie durch eine andere Tür, wo gutes Futter seiner regelmäßig harzt. Die anderen, die ihm arglosig gefolgt sind, werden nun weitergeschoben und rennen in das Messer ihres Schlächters. Dem Zeitochsen kann man diese Rolle nicht übernehmen. Es ist ein Tier, das nur weiß, daß ihm gutes Futter winkt. Das ist kein einziger Instinkt. Der Massenstab seiner Kameraden ist und bleibt ihm unbekannt.

Die Syndizal sind auch regelmäßig nicht mit Glücksgütern begnadet. Sie müssen arbeiten, um zu leben. Sie sind also auch Arbeitnehmer, und ihre Aufgabe ist es, ihre Arbeitskollegen

berholt wird der Einwand gemacht, die Arbeitnehmer seien zufrieden, sie wollten keinen Tarifvertrag. Nach alledem werden Teile der verschiedensten deutschen Gesetze verlesen, die mit dem vorliegenden Fall nicht in Verbindung stehen. So geht Stunde und Stunde. Die Arbeitnehmerbeiführer und die Gewerkschaftsvertreter als Opfer dieser Komödie sind am Ende ihrer Kraft.

Mancher schwere Streik ist schon entstanden, weil die Unternehmer zu den Verhandlungen nicht Männer mit praktischer Erfahrung, sondern nur ihre Syndizal geschickt haben, deren Hauptes Leben zum Verdorren bringt.

Groß ist die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Gehälter der vielen Syndizal, und riesig sind die Verluste der selben Wirtschaft, die infolge der Lässigkeit der Syndizal von einem Konflikt in den anderen getrieben wird. Die Arbeitsmenige und ihre Gewerkschaften lassen sich heute nicht mehr durch Paragraphen erlösen.

Professor Dr. Erdel (Mannheim) schildert in der „Deutsche Wertmeister-Zeitung“ vom 22. Januar 1926 die Syndizal treffend folgendermaßen: „So zum Beispiel ist es doch durchaus unzulässig, wenn man sieht, wie Schriftsteller, die damals die revolutionären Erregungen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts geradezu dystirambisch gefeiert haben, jetzt, als Arbeitsgeberbeiführer, einen Teil des Gebäudes nach dem anderen unterhöhlen wollen. Nicht minder unzureichend ist es, zu sehen, wie die sogenannten konstruktive Jurisprudenz (das heißt das Vordringen nach juristischen Gedankenabstraktionen ohne Rücksicht auf das praktische Ergebnis, oder anders ausgedrückt, das Streben gegen statt Brot“) auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts immer mehr Einzug hält.“

Diese Feststellung ist noch sehr vorichtig, die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Millionen Arbeitnehmer gehören keiner Gewerkschaft an und schwächen so die Kräfte der Gewerkschaften. Eine Arbeitnehmerbewegung kann sich aber nie entfalten, wenn Geaner diese Schwäche mit juristischen Zwirnsfäden vollenden fesseln.

Vielleicht werden die Syndizal bereinst den Gewerkschaften noch einmal dafür Dank wissen, daß sie durch die Vereinnahmung der Arbeit auch wieder Menschen sein können. Uns aber ist die Aufgabe geworden, durch Schaffung starker Gewerkschaften die Widerstände zu überwinden. Clemens Röhrpel.

**Ehrentafel.**

20 Jahre und darüber gehören dem Porzellanarbeiterverband bei der Verschmelzung an:

- 1. Arfitt, Paul, Lagerarbeiter.
2. Arnold, Julius, Schmelzer.
3. Aichermann, Johann, Maler.
4. Biermann, Arno, Maler.
5. Bohn, Otto, Saubrunnenarbeiter.
6. Buda, Michael, Maler.
7. Bühl, Karl, Maler.
8. Coriand, Paul, Dreher.
9. Danzer, Georg, Vieher.
10. Eberh, Christian, Maler.
11. Eberh, Ludwig, Maler.
12. Eichhorn, Hermann, Maler.
13. Engert, Theodor, Brennhausarbeiter.
14. Fiedler, Paul, Brennhausarbeiter.
15. Fischer, Ernst, Dreher.
16. Förstch, Josef, Maler.
17. Gabling, August, Markthelfer.
18. Gähler, Max, Stapeldreher.
19. Glaser, Hans, Maler.
20. Grimmlenz, Heinrich, Maler.
21. Grübel, Max, Dreher.
22. Gumpert, Paul, Maler.
23. Günther, Franz, Kistenmacher.
24. Hanse, August, Invalid.
25. Häpflbarth, Hugo, Invalid.
26. Heineck, Karl, Sortierer.
27. Heinlein, Emil, Maler.
28. Hermann, Fritz, Dreher.
29. Henklein, Karl, Geschäftsführer.
30. Heym, Adolf, Maler.
31. Hiepe, Karl, Maler.
32. Hoffmann, Paul, Dreher.
33. Hölbling, Albert, Kistenmacher.
34. Jahn, Bernhard, Gastwirt.
35. Klüger, Franz, Kistenmacher.
36. Klüger, Karl, Dreher.
37. Kösthan, Josef, Brenner.
38. Kühnert, Robert, Maler.
39. Lange, Franz, Lagerarbeiter.
40. Lehmann, Kurt, Maler.
41. Leipold, Max, Maler.
42. Lefer, Gebhard, Maler.
43. Leube, Albert, Maler.
44. Lorey, Wilhelm, Lagerarbeiter.
45. Meinhardt, Gustav, Zahlstellenangestellter.
46. Meiner, Ernst, Maler.
47. Möller, Albert, Invalid.
48. Müller, Alfred, Kassierer.
49. Müller, Alfred, Maler.
50. Müller, Franz, Invalid.
51. Müller, Ludwig, Maler.
52. Mühlstein, Karl, Maler.
53. Nrtleb, Eduard, Invalid.
54. Oswald, Franz, Maler.
55. Oswald, Ida, Druckerin.
56. Raffendorf, Richard, Dreher.
57. Reiser, Albert, Dreher.
58. Reiser, Hermann, Maler.
59. Ripprich, Franz, Maler.
60. Rohler, Adolf, Dreher.
61. Runk, Fritz, Brennhausarbeiter.
62. Reich, Ernst, Vieher.
63. Reusch, Reinhold, Dreher.
64. Rönig, Erdmann, Maler.
65. Sacke, Fritz, Dreher.
66. Schau, Gustav, Maler.
67. Schau, Karl, Dreher.
68. Schau, Kurt, Maler.
69. Schmalz, Minna, Garniererin.
70. Schmeiker, Ernst, Lagerarbeiter.
71. Schmidt, Robert, Dreher.
72. Schneider, Oskar, Bader.
73. Schneider, Otto, Maler.
74. Schneider, Ulrich, Maler.
75. Schörlich, Paul, Dreher.
76. Schroth, Gotthold, Dreher.
77. Seifarth, Fritz, Dreher.
78. Seifarth, Karl, Maler.
79. Senf, Gotthold, Dreher.
80. Steiner, Anton, Maler.
81. Tänger, Hermann, Dreher.
82. Tänger, Max, Maler.
83. Tischer, Richard, Maler.
84. Trockenbrodt, Otto, Maler.
85. Trümper, Heinrich, Lagerarbeiter.
86. Ulrich, Hermann, Lagerarbeiter.
87. Unger, Bernhard, Dreher.
88. Wächter, Paul, Dreher.
89. Wagner, Hugo, Maler.
90. Westpfal, Alfred, Invalid.
91. Wolf, Hermann, Dreher.
92. Wollenschläger, Hugo, Schmelzer.
93. Zimmann, Arthur, Maler.

Zu diesen erprobten Kämpfern kommen noch etne ansehnliche Anzahl jüngerer Kräfte, denen eine frühere Möglichkeit, sich zu organisieren, nicht gegeben war, die aber trotzdem zu den besten Leistungen berechnen. Mit diesen Kräften wird die Zahlstelle wohl bestrebt sein, entsprechend ihrer Erziehung auch in der hohen Organisation ihre Pflicht zu erfüllen. Sie wird immer dankbar sein der Zueignung der Gewerkschaften, die da ist: Die gesamte Arbeiterkraft hinaufzuführen auf die höchste wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stufe! Gustav Meinhardt.

**Die Staatlichen Porzellanmanufakturen am Scheidewege.**

Zu dem Streit, der über die Manufaktur in Berlin zwischen den Kollegen Rundy und Renninger entbrannt ist, sei es mir gestattet, einiges zu bemerken. Auch ich bin der Auffassung des Kollegen Renninger, daß Kritik, wenn sie sachlich ist, auch an den Staatlichen Porzellanmanufakturen nicht nur nichts schaden kann, sondern daß sie vielmehr im Allgemeininteresse geboten ist und letzten Endes auch dem Interesse der Belegschaften nur dienen kann. Wenn die Ausführungen des Kollegen Renninger in seinem letzten Artikel in der 'Mittel' Nr. 23 in bezug auf den Wert des chemisch-technischen Porzellans der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin auch mißverstanden werden konnten — in seinem zweiten Artikel hat er sich ja nun klarer ausgedrückt, was er meint —, so doch die Kritik, die er sonst an der Geschäftsleitung geübt, ist nur zu berechtigt. Daß das chemisch-technische Porzellan ein erstklassiges ist, hat demnach der Kollege Renninger auch gar nicht bestreiten wollen, und daß durch seinen Umsah die Manufaktur eine bedeutende Einnahme erzielt, weiß die Belegschaft sehr gut. Doch dessenungeachtet ließ die Geschäftsleitung kaufmännischen Sinn und geschäftlichen Geist in jeder Beziehung vermissen. An Stelle der ansgefallenen Kundenschaft früherer Zeiten mußte man sich zeitiger und mehr um andere bemühen. Es zeigt auch nicht von besonderem Dispositionsbereitschaft und Organisationsstalent, wenn Kunden auf Erträge viele Monate warten müssen, wenn von den gangbarsten Artikeln nichts auf Lager ist, und die Kundenschaft auf Belieferung oft recht lange warten mußte.

Die Entwicklung der Dinge und die Verhältnisse, wie sie sich vor allem in der Malerei gestaltet haben, zeigen in ekklatanter Weise, wie falsch schon seit Jahren disponiert worden ist. Bei der Entlassung der 22 Maler im Januar erklärte die Geschäftsleitung, die Malerei sei überlebig, und schon seit Jahren seien zuviel Maler da. Man hat aber trotzdem jedes Jahr eine Menge Lehrlinge eingestellt, die nun, sobald sie ausgelernt haben, wieder entlassen werden. Seit einem 1/2 Jahr wird nun in der Malerei verstärkt gearbeitet, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Nun glaubt man, den Umsah in bemalten Waren steigern zu können, indem man die Marktpreise bei den Malern reduziert. Den sonstigen Arbeitern hat man schon im vorigen Jahr den Lohn gehörig gekürzt, so daß nun in einer Reihe von Privatbetrieben die Löhne höher sind als in der Manufaktur. Ueber die Art der Verringerung der Selbstkosten hat sich ja der Amerikaner Ford in seinem bekannten Buch recht drastisch geäußert. Und was ein guter Kenner des Produktionsapparates und der Produktionsweise der deutschen Porzellanindustrie im Jahre 1924 in der 'Keramischen Rundschau' schrieb, davon will ich einige Sätze hier anführen. Der Mann schreibt: 'Keine andere Industrie hat sich den Betriebswissenschaften und überhaupt allen technischen Fortschritten mit wenigen Ausnahmen so beharrlich verschlossen wie die Keramik. In der Mehrzahl der Fabriken wird heute noch nach den von Urvätern ererbten und geerbten Verfahren gearbeitet, ohne Rücksicht auf betriebstechnische Neuerungskennntnisse'. Wie sieht es nun in bezug hierauf in der Manufaktur aus? — Mit den beinahe 100 000 Mk., die der Ausbau und Umbau der Villa des Herrn Direktors gekostet hat, konnte manche Verbesserung und Neuerung im Betriebe geschaffen werden.

Und dann weiter schreibt derselbe: 'Ohne daß ich aus leicht ersichtlichen Gründen näher darauf eingehe, wird mir jeder einseitige Kabrikkier Recht geben, daß mit einem schematischen Lohnabbau heute kein Ausgleich mehr zu erreichen ist. Vielmehr muß an einer Verbesserung und Vereinfachung der Erzeugung, Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Herabsetzung der Selbstkosten usw. an erster Stelle gearbeitet werden'. Kann dies alles aber etwas nützen, kann die Wettbewerbsfähigkeit der Manufaktur gegenüber der Privatindustrie ermöglicht werden, wenn die unproduktiven Kräfte so hohe sind, daß mehrere hundert Prozent auf die Selbstkosten geschlagen werden müssen? Wenn man weiß, daß auf eine Belegschaft von 460 Arbeitern 115 Beamte und Angestellte kommen, also auf 4 1/2 Arbeiter ein Beamter oder Angestellter, dann wird sich wohl niemand mehr wundern, wenn die Erzeugnisse der Manufaktur so teuer sind, daß sie mit der Privatindustrie in gleichartigen Erzeugnissen nicht konkurrieren können. Wo in aller Welt ist ein Produktionsbetrieb, der sich das leisten kann? Das ist der springende Punkt, und daran geht der Kollege Renninger wie auch der Kollege Rundy vorbei.

Die Entwicklung der Dinge und die Verhältnisse, wie sie sich vor allem in der Malerei gestaltet haben, zeigen in ekklatanter Weise, wie falsch schon seit Jahren disponiert worden ist. Bei der Entlassung der 22 Maler im Januar erklärte die Geschäftsleitung, die Malerei sei überlebig, und schon seit Jahren seien zuviel Maler da. Man hat aber trotzdem jedes Jahr eine Menge Lehrlinge eingestellt, die nun, sobald sie ausgelernt haben, wieder entlassen werden. Seit einem 1/2 Jahr wird nun in der Malerei verstärkt gearbeitet, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Nun glaubt man, den Umsah in bemalten Waren steigern zu können, indem man die Marktpreise bei den Malern reduziert. Den sonstigen Arbeitern hat man schon im vorigen Jahr den Lohn gehörig gekürzt, so daß nun in einer Reihe von Privatbetrieben die Löhne höher sind als in der Manufaktur. Ueber die Art der Verringerung der Selbstkosten hat sich ja der Amerikaner Ford in seinem bekannten Buch recht drastisch geäußert. Und was ein guter Kenner des Produktionsapparates und der Produktionsweise der deutschen Porzellanindustrie im Jahre 1924 in der 'Keramischen Rundschau' schrieb, davon will ich einige Sätze hier anführen. Der Mann schreibt: 'Keine andere Industrie hat sich den Betriebswissenschaften und überhaupt allen technischen Fortschritten mit wenigen Ausnahmen so beharrlich verschlossen wie die Keramik. In der Mehrzahl der Fabriken wird heute noch nach den von Urvätern ererbten und geerbten Verfahren gearbeitet, ohne Rücksicht auf betriebstechnische Neuerungskennntnisse'. Wie sieht es nun in bezug hierauf in der Manufaktur aus? — Mit den beinahe 100 000 Mk., die der Ausbau und Umbau der Villa des Herrn Direktors gekostet hat, konnte manche Verbesserung und Neuerung im Betriebe geschaffen werden.

**Die Arbeitslosigkeit, Wege und Aufgaben ihrer Bekämpfung.**

Deutschland steht vor der Gefahr, daß die überaus ernste Arbeitslosigkeit zu einer chronischen wird. Trotzdem die Sommermonate sonst regelmäßig eine beträchtliche Besserung des Arbeitsmarktes bringen, sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von etwas über zwei Millionen im Februar bis März nur auf etwa 1,7 Millionen. Von den in unteren Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmern waren

Table with 3 columns: Arbeitslos, Kurzarbeiter, vollbeschäftigt. Rows for Ende Februar, Ende März, Ende April, Ende Mai.

In den letzten Wochen steigt die Zahl der Unterstützten erneut. Es zeigt sich in den typischen Industrien und Industriebezirken, daß die Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen noch nicht abgeschlossen sind. Es besteht die dringende Gefahr, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, so daß im Winter sicher weit über zwei Millionen Erwerbslose Unterstützung beziehen müssen, ungernechnet die zahlreichen Erwerbslosen, die als angeblich 'nicht bedürftig' von der Unterstützung ausgeschlossen sind.

Diese vor allem aus dem allgemeinen Nachlassen der Kaufkraft, der besonderen Störung der europäischen Märkte und nicht zuletzt durch die Verdrängung von früherer Absatzmärkten infolge der fortschreitenden Industrialisierung ehemaliger Kolonialgebiete entstehenden Krise der europäischen Industrieböller wird verschärft:

- 1. Durch das gegen früher stärkere Hineindrängen von Volksteilen als Arbeitnehmer in die Produktion (Deutschland hatte 1924 rund 19 Millionen Krankenversicherungsspflichtige gegen etwa 16 1/2 Millionen im Jahre 1913). Eine gleiche Erscheinung ist auch in anderen Ländern, vor allem England, zu beobachten.
2. Durch die schnell steigende organisatorische und technische Rationalisierung der Produktion. Die Wirkungen des langen Krieges revolutionierten die Produktion, rissen Kolonialländer aus der Beharrung und beschleunigten in den Industrieländern die Technisierung und betriebsorganisatorischen Verbesserungen. Dieser Prozeß wird sich mit einer der Entwicklung innewohnenden Gesetzmäßigkeit immer mehr steigern und alle Industrieländer erfassen.

Deutschland steht seit der Stabilisierung in dieser überaus bedeutsamen technischen, betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Entwicklung der Produktion, die sich zunächst aus Kapitalmangel langsam ankohnte, neuerdings aber ein sich schnell steigendes Tempo zeigt. Damit gerät unsere Produktionskapazität in ein steigendes Mißverhältnis zur Summe der sich anbietenden Arbeitskräfte, weil der durch die geringe Kaufkraft begrenzte Konsum der Massen hinter dem Leistungsarade unserer Produktion zurückbleibt. Dadurch verschärft sich die Arbeitsmarktkrise. Immer größere Massen werden allein schon als Folgeerscheinung der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Während die typischen Erscheinungen der Wirtschaftskrise (Konkurrenz, Wechselproteste, Zinsrate, Kapitalverflechtung usw.) immer mehr zurücktreten, droht der starke Ueberfluß an Arbeitskraft, wie auch in anderen Wirtschaften, insbesondere in der englischen Wirtschaft, auch in Deutschland zu einer Dauererscheinung zu werden.

Dieser Zustand zwingt zu durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Weiblen solche aus, so muß die Krise zur Dauerkrise stärksten Ausmaßes werden und zu großen staatspolitischen Störungen führen. Ohne Hebung der Kaufkraft, also des Verhältnisses zwischen Lohn und Warenpreis und dadurch steigenden Konsums ist das Problem nicht zu lösen. Heute hindert noch die kurzfristige und egoistische Einstellung der Produzenten und Händler, begünstigt durch Kartelle und Preiskonventionen, daß sich die verbilligenden Produktionsmaßnahmen in sinkende Warenpreise umsetzen. Ohne auf weite Sicht gerichtete planvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft und Hebung des Konsums ist eine Behebung des Arbeitsmarktes unmöglich. Dazu gehört in erster Linie eine planmäßige auf angemessene Erhöhung der Löhne gerichtete Lohnpolitik, Verzicht auf Fülle und weitere Mietsteigerung, Senkung der Warenpreise durch Rationalisierung, verbunden mit weitgehender Beschränkung der Profitrate.

Aber Hauptaufgabe ist sofort die akute Not der mehr als zwei Millionen Erwerbslosen zu überwinden. In erster Linie durch Arbeitsbeschaffung. Die von den Gewerkschaften stets erhobene Forderung: wertereschaffende öf-

fentliche Arbeiten, die meist ohnehin bringend nötig sind und in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen, in die arbeitsarme Zeit vorzulegen, den Wohnungsbau zu verstärken, Landschaft und Bodenverbesserung größeren Stills zu betreiben usw. ist vom Reichstag anerkannt. Aber das aufgestellte Programm muß schnellstens durchgeführt werden.

Ohne die schnelle Lösung der Finanzfrage bleibt es ein leeres Versprechen, das niemanden satt macht. Es ist bedenklich, daß bereits jetzt die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen gegen den Vormonat von 170 000 auf 154 000 gesunken ist, weil einige Länderregierungen glauben, nicht laufend die nötigen Mittel aufbringen zu können. Seltens kann nur der Weg der Anleiheung der nötigen Mittel, eventuell im Ausland.

Aber auch schnelle und ausgiebige Mittelbeschaffung würde nicht helfen, wenn es nicht zugleich gelingt, den fürchterlichen, die Durchführung von Notstandsarbeiten verschleppenden Zuständen zwischen Reich, Land, Provinz, Bezirk, Gemeinde und hier wieder jeweils zwischen den zahllosen über-, unter- und nebeneordneten Behörden, Ämtern und Geschäftsstellen endlich radikal beiseite zu schieben. Die Durchführung der Notmaßnahmen schreit nach Rationalisierung des Behördenapparates. An die Stelle der zahllosen, sich gegenseitig hemmenden Instanzen müssen wenige, aber mit starken Befugnissen ausgestattete Behörden treten.

Da diese Maßnahmen, auch wenn schnell und in vollem Maße durchgeführt, allein nicht genügen und immer noch viele Hunderttausende, sicher sogar die weitaus größere Zahl der Erwerbslosen ohne Arbeit lassen, muß das System der geldlichen Unterstützung verbessert und ausgebaut werden. Die heutige Unterstützung ist in vielen Fällen zu gering, um eine langfristige Erwerbslosigkeit zu überbrücken. Es ist unerträglich, Millionen von Volksgenossen, dauernd an der absolut tiefsten Grenze der Existenzsicherung zu halten. Es muß daher ein genügendes Existenzminimum gewährleistet sein. Der Einwand der Arbeitgeber, die Unterstützung erreiche oder über die er sich gelegentlich den Lohn, kann und darf nicht zu einer Verletzung der sozialpolitischen Pflichten führen. Es ist nicht angängig, die für den dringlichsten Unterhalt eines Erwerbslosen nötige Unterstützung an den Gesundheitszustand gewisser Industrien zu messen. Anerkennung der wirtschaftlichen Schäden des Lohnbruchs dieser Unternehmer für die Erwerbslosenunterstützung, so muß zwangsläufig die allgemeine Wohlfahrt helfen eingreifen (die heute auch schon bei Hungerlöhnen der Volkbeschäftigten eingreift), dann aber mit dem einzigen Erfolge, daß Verteuerung der Verwaltung, Verzettelung und Erschwernung der arbeitsmarktpolitischen Ziele der Erwerbslosenunterstützung eintritt, ohne daß die Gesamtkosten im mindesten sinken. Der Einwand, daß eine genügend hohe Unterstützung den Arbeitswillen ertöte, kann ernstlich, angesichts der Tatsache, daß alle Arbeitsnachweise voll von ernüchtert Arbeit Suchenden sind und kein offener Arbeitsplatz unbesetzt blieb (wenn nicht geradezu Hungerlöhne geboten oder Tarifbrüche zugunsten wurden), nicht erhoben werden.

Die Beschaffung der Mittel für die unterstützende Erwerbslosenunterstützung (steute samt Verwaltung, öffentliche Arbeitsnachweise und Krankenversicherung der Erwerbslosen rund 110 Millionen Mark monatlich), ist sicherlich eine ernste Belastung der Gesamtwirtschaft. Aber sie ist selbst bei einer durch Verbesserung der Unterstützung entstehenden Steigerung nicht unerträglich. Für die Aufgabe, mehr als zwei (mit den Familien mehr als vier) Millionen ihrer Mitglieber, die ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, nicht nutzen können, die um der Reorganisation dieser Wirtschaft willen subsistenzlos sind, zu erhalten und vor dem Verfallen zu bewahren, muß die Gesellschaft die nötigen Opfer bringen. Uebersteigen die notwendigen Kosten die verfügbaren Mittel, so müssen an anderer Stelle Ersparnisse gemacht oder es müssen weitere Finanzquellen geöffnet werden.

**Die Höhe der zurzeit geltenden wöchentlichen Unterstützungssätze nach Wirtschaftsgebieten und Orisklassen.**

In den ersten acht Unterstützungswochen:

Table with 4 columns: Wirtschaftsbezirk, Lebzige, Verheiratete, Ueberhaupt zuzähliger Schickselbetrag. Rows for Wirtschaftsbereich I (Osten), II (Mitte), III (Westen).

Von der neunten Unterstützungswache ab:

Table with 4 columns: Wirtschaftsbezirk, Lebzige, Verheiratete, Ueberhaupt zuzähliger Schickselbetrag. Rows for Wirtschaftsbereich I (Osten), II (Mitte), III (Westen).

Lebzige, die nicht dem Haushalt eines anderen angehören (selbständige), erhalten von der ersten Unterstützungswache an, ohne daß weitere Erhöhung eintritt:

Table with 4 columns: Wirtschaftsbezirk, unter 21 Jahren, über 21 Jahre. Rows for Wirtschaftsbereich I (Osten), II (Mitte), III (Westen).

# Aus der Internationalen Gewerkschaftsbewegung.

**Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände.**  
(I. G. A. B.) Vom 29. Juni bis 1. Juli hielt die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände ihren dritten Kongress in Kopenhagen ab, an dem 63 Delegierte teilnahmen. Aus dem vom Sekretär Stenhuus erstatteten Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Mitgliederbestand seit 1923 von über eine Million auf ungefähr 650 000 zurückgegangen ist. Die Vereinigung umfaßt 18 Organisationen aus 13 Ländern. Der stärkste Verband ist der der Fabrikarbeiter Deutschlands mit 335 000 Mitgliedern. Der englische Verband ist seinerzeit aus der Vereinigung ausgetreten. Nach ausführlicher Besprechung des Berichtes wurde der Vorstand beauftragt, ein „vorteilhafteres und ergebnisreicheres“ Arbeiten der Internationale anzustreben.

Im Zusammenhang mit einem von den norwegischen Verbänden gestellten Antrag betr. Zulassung der beiden russischen Verbände fand eine eingehende Debatte statt, woran sich auch die als Gäste anwesenden 3 russischen Delegierten beteiligten. Die internationale Exekutive beantragte, die Russen unter der Bedingung aufzunehmen, wenn die russischen Verbände sich bereit erklären, für den Anschluß der russischen Landeszentrale an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu wirken. Der Vorsitzende der Russen, Dobrowolsky, bezeichnete jedoch diese Bedingung als unannehmbar und wiederholte in einer langen Rede die bekannten Beschuldigungen gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsführer, denen er vorwarf, daß sie den Klassenkampf verraten und gemeinsame Sache mit den Kapitalisten machen. Schließlich wurde der Antrag des Exekutivkomitees mit einer vom deutschen und österreichischen Verband beantragten Ergänzung mit 48 gegen 16 Stimmen angenommen. Die belgischen und holländischen Delegierten stimmten gegen den Antrag, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen ein Zusammenarbeiten mit den Russen für unmöglich erachteten.

Am dritten Tage behandelte der Kongress „die Lage der Arbeiter in der Papierindustrie“. Stenhuus machte Angaben über die in den verschiedenen Ländern geltenden Arbeitsbedingungen, aus denen das internationale Bestreben der Arbeitgeber, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, klar hervorging. Eine einstimmig angenommene Resolution verpflichtet die Verbände, alles zu tun, um die sozialen Bedingungen der Papierarbeiter zu verbessern, und vor allem für die möglichste Durchführung des Achtstundentages wie die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu sorgen.

Neu aufgenommen wurde der Verband der Arbeiter in der dänischen Papierindustrie mit 1486 Mitgliedern.

Brem. Hannover schloß den Kongress mit der nachmaligen Aufforderung an die Russen, sich auf den Kampfboden zu stellen, auf dem die Arbeiter des Kontinents seit Jahrzehnten stehen, und von dem aus allein die Durchsetzung der berechtigten Arbeiterforderungen gegenüber dem Klassenkampf der Unternehmer möglich sei. — Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben eine einstimmige Wiederwahl von Vrey zum Vorsitzenden und Stenhuus als Sekretär.

## Soziales.

**Der Lebenshaltungszindex.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni auf 140,5 gegen 139,9 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,4 Proz. erhöht. Bei den Ernährungsausgaben konnten Preissteigerungen für Kartoffeln und Fleisch durch die in der ersten Monatshälfte noch maßgebenden Preise für Milch und Milchzeugnisse nur zum Teil ausgeglichen werden. Die Ausgaben für Wohn- und Heizung sich in einzelnen Teilen des Reiches weiter erhöht.

**Die Neuordnung der Krankenversicherung.** Der Reichstag beschäftigte sich mit verschiedenen Änderungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Er hat schon ein erstes Gesetz zur Änderung der Krankenversicherung angenommen, in dem die Frage der Beitragszuschläge bei der nicht rechtzeitigen Zahlung von Krankenkassenbeiträgen geregelt wird. Es stehen aber noch weitere Gesetzesänderungen in Aussicht. Von diesen ist insbesondere zu erwähnen die Änderung der Wochenhilfe und der sogenannten Gemeinlast, die schon seit Mitte vorigen Jahres der Erledigung harren. Es ist aber weiter zu erwarten, daß noch andere Änderungen in Frage kommen. Hier wird es sich in der Hauptsache um die in letzter Zeit zur Debatte stehende Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung handeln. Es hat sich erwiesen, daß die heute noch mögliche Gründung von kleinsten Krankenkassen nur eine weitgehende Schädigung der Versicherten darstellt. Bei der heutigen Organisation unserer Wirtschaft, die immer mehr zur Konzentration schreitet, ist es ein unmöglicher Zustand, wenn in der Krankenversicherung, die im weitgehendsten Maße von eben dieser Wirtschaft abhängig ist, Dezentralisationsbestrebungen verwirklicht werden. Der Reichsarbeitsminister hat bei der Beratung seines Etats im Reichstage schon bereits erklärt, daß auch die Reichsregierung der Ansicht ist, daß zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung Mindestbeiträge für Krankenkassen festgesetzt werden müssen. Es ist daher zu hoffen, daß dem noch bestehenden Zustand, der sich als Schädigung erwiesen hat, bald ein Ende gemacht wird.

In diesem Zusammenhange soll noch erwähnt werden, daß es heute noch ein Anzahl von Betriebs- und Innungs-Krankenkassen gibt, die unter 100 Mitglieder zählen. Es wird jedem, der einigermaßen die Verhältnisse in den Krankenkassen kennt, klar sein, daß in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise wie der heutigen diese Krankenkassen nicht in der Lage sind, den Anforderungen zu entsprechen.

**Lohnsteuerabzug bei Entschädigungen für doppelten Haushalt.** Arbeiter und Angestellte, die von ihren Betrieben an auswärtige Zweigstellen oder Montage geschickt werden, erhalten meistens die Kosten für die doppelte Haushaltsführung vergütet. Vielfach ist nun dieser Teil der Vergütung dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterworfen gewesen. Die Handhabung vor jedesmal bei den einzelnen Finanzämtern verschieden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der Reichsfinanzminister durch Rundschreiben vom 24. 1. 1925 (III C 2 160 — und vom 2. 5. 1925 — IV C 1 1800 —) damit einverstanden erklärt hat, daß diese in der Regel mit „Ausstellungen“ bezeichneten Gelder vom Steuerabzug freizustellen sind. Entschädigungen für doppelte Haushaltsführung sind als Dienstleistungsausgaben anzusehen, die nach § 36, Absatz 2, des Einkommensteuergesetzes nicht zum Arbeitslohn gehören und daher ohne Abzug auszusahlen sind. Jedoch wenn sie bei den auswärtigen Arbeiten entstehenden Mehraufwand nicht übersteigen. Hiernach können bei auswärtigem Übernachten an besonders teuren Orten Entschädigungen bis 150 Mk. (an anderen Orten bis 8 Mk.) lässlich steuerfrei ausgezahlt werden.

**Die Beschäftigung der sozialen Baubetriebe.** Nach der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ beschäftigt die sozialen Baubetriebe im Monat April 1926 14 865 Arbeiter und Angestellte. Gegenüber dem Monat März war dies eine Steigerung von 2121 Arbeitern. Im Durchschnitt beschäftigt ein Betrieb im Monat April 77 Arbeiter und 5 Angestellte. Wenn man die im Bauwesen ebenfalls in Erscheinung tretende Wirtschaftskrisis berücksichtigt, so kann man feststellen, daß die sozialen Baubetriebe sich in betriebsgeader Weise entwickelt haben. Dies ist um so höher zu veranschlagen, da den sozialen Baubetrieben alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wovon die Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, die „Soziale Bauwirtschaft“, in jeder ihrer Nummern Zeugnis ablegt.

## Gewerkschaftliches.

Der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, schreibt:

### Materialbestellung bis 15. Juli.

Die durch die Verschmelzung aus den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter zum Gesamtverband (Fabrikarbeiterverband) neu hinzukommenden Zahlstellen müssen bis 15. Juli ihre Materialbestellung beim Hauptvorstand in Hannover aufgeben, damit ihnen die Verbandsmarken, Mitgliedsbücher, Karten und alle Geschäftsbücher rechtzeitig zugefandt werden können.

Die Mitgliedsbücher des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes behalten ihre Gültigkeit vorläufig weiter. In diese Bücher wird ein Textblatt eingelebt, aus dem ersichtlich ist, daß ab 1. August 1926 die Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband fortgesetzt wird.

Als Bundeszeitung für die in der keramischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gilt für diese Gruppe in Berlin erscheinende „Keramische Rund“. Die Zahlstellenleitungen sollen die Anzahl der erforderlichen Exemplare und die für den Versand notwendigen Adressen an die Expedition in Berlin-Charlottenburg bis 15. Juli angeben.

Für die übrigen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes ist nach wie vor der „Proletarier“ das Verbandsorgan. Die Ortsverwaltungen des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes, zu denen die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes stoßen, die nicht in der keramischen Industrie beschäftigt sind, bestellen für diese den „Proletarier“ in der notwendigen Anzahl von Exemplaren in Hannover.

Jede Zahlstelle erhält für ihre Ortsverwaltungsmitglieder und Funktionäre beide Zeitungen in der gewünschten und erforderlichen Anzahl, damit sie sich über die Vorkommnisse im Bund und auch im Gesamtverband jederzeit unterrichten können.

Die für den Verband und die allgemeine Arbeiterbewegung tätigen Kolleginnen erhalten auf ihren Wunsch neben ihrer Verbandszeitung die „Frauenzeitung“. Bestellungen sind an die Expedition des „Proletariers“ zu richten.

Die „Betriebsrätezeitung“ mit der „Volkswirtschaftlichen Beilage“ wird für die Betriebsräte und alle sonstigen sich dafür interessierenden Funktionäre herausgegeben. Die gewünschte und erforderliche Anzahl ist in Hannover zu bestellen. Zur Mitarbeit ist jeder eingeladen; die Redaktion erfolgt durch den Betriebsrätesekretär Otto Adler.

## Von der Keramikindustrie.

Ueber die Porzellanfabrik Fraureuth Akt.-Ges. meldet die „Thüringer Allgemeine Landeszeitung“, Erfurt, unter dem 7. Juli folgendes: Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, soll innerhalb des Konkursverfahrens, das bekanntlich vor einiger Zeit eröffnet worden ist, eine in allen Teilen betriebende Sanierung des Unternehmens von der Verwaltung unternommen werden. Fraureuth braucht, um seine beiden Werke aufrecht zu erhalten und alle dringenden Verbindlichkeiten zu decken, einen Kredit von 1 Million M.-Mk. Dieser war bisher nicht aufzubringen. Ob es jetzt gelingen wird, eine derartige Summe anzubringen, oder aber ob das Unternehmen mit einer anderen Gesellschaft der Branche zusammengeschlossen wird, steht noch nicht fest. In der kommenden Generalversammlung erwartet man wenigstens derartige Vorschläge der Verwaltung. Der Aufsichtsrat wird in seiner Gesamtheit sein Mandat niederlegen. Ueber eine evtl. Konkursquote kann man noch gar nichts sagen, da die Bewertung des Fabrikgrundstücks und des Fabrikbetriebes noch nicht feststeht.

**Einstellung der amtlichen Notiz für die Aktien der Porzellanfabrik Fraureuth.** Der Berliner Ausschuss für Geschäfte in amtlich nicht notierten Werten hat die Aktien der Porzellanfabrik Fraureuth Akt.-G. mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab aus dem Tätigkeitsgebiet ausgeschlossen, da über die Gesellschaft das Konkursverfahren eröffnet ist.

Die Villen- & Koch, Keramische Werke A.-G. in Deutsch-Wissa, die vor einiger Zeit das Stahlwerk Torgau der Linde-Hoffmann-Lauchhammer-A.-G. erwarb, wird im Herbst dabeifst einen Großbetrieb zur Herstellung von irdenen Verbrauchsgegenständen eröffnen.

## Aus unserem Beruf.

In Nr. 26 der „Ameise“ schilderten wir Mißstände in der Porzellanfabrik Schwandorf. Wir glaubten, die Direktion würde in weiser Fürsorge um ihren Betrieb sich der Angelegenheit annehmen und für Beseitigung der Mißstände Sorge tragen. Weit gefehlt. Die Direktion hat sich noch nicht einmal darum bemüht. Deswegen ist Bezug nach Schwandorf fernzuhalten. Keiner reise nach Schwandorf, bis dort Ordnung herrscht.

## Berichtsungsbericht.

**Berlin-Charlottenburg.** Die von 31 Kollegen besuchte Zahlstellenversammlung vom 17. Juni nahm ein Referat über „Die Wirtschaftskrise und der Generalkrieg in England“, vom Gen. Entler, entgegen. Der Artikel: „Die Staatlichen Manufakturen am Scheidewege“, in Nr. 23 der „Ameise“, wurde kritisiert. Folgender Antrag dazu fand Annahme: Wir protestieren ganz energisch gegen die Schreibweise der „Ameise“ Nr. 23: „Die Staatlichen Manufakturen am Scheidewege“ und verlangen eine Schreibweise, die die Interessen der Arbeiterschaft wahrnimmt und nicht zu deren Schaden beiträgt. Die „Ameise“ wird bekanntlich von unserem Gelde (nur von dem der paar Protestler? D. H.) gehalten. Eine Erwiderung auf den Artikel hält sich die Manufaktur Berlin durch den Kollegen Rundy vor.

## Literarisches.

„Führer und Masse in der Demokratie“, von Kurt Geyer. Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis 2,60 Mk. — Die deutsche Republik ist arm an guten Demokraten. Nach ärmer an Büchern, die den Geist erziehen helfen, ohne den die besten Einrichtungen des neuen Staates ihren Sinn verlieren. Uns Deutschen ist oft genug versichert worden, daß wir von Natur aus unpolitisch und deshalb zu einem lebendigen demokratischen Gemeinwesen nicht fähig sind. Was hätten wir glauben müssen! Da ist allen, die sich mit Republik und Demokratie blutpath verbanden fühlen, das Buch Kurt Geyers großes Geschenk und eine starke Zuversicht. Es gibt wieder an unsere politische Aufgabe, an unsere demokratische Zukunft zu glauben und mit Herz und Hirn für sie zu arbeiten. Was ist Demokratie? Geyer gibt ihr den Wert einer sinnigen, eines Kulturideals, ohne dessen Verjagung auch jegliche Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus fehlen würde. Aber diese Wertung soll nicht über den Hinventäuscheln, in dem wir um diese Idee zu kämpfen haben, uns aber oft genug von ihr verlassen glauben. Die Untersuchung der soziologischen und psychologischen Tatbestände des politischen Lebens führt zu selten klaren Einsichten, erkennen unsere Abhängigkeit vom Massenwillen, spüren den diesem Bewußtsein ruhenden Gang zur Passivität — leben auf der anderen Seite jedoch auch selbst als Führer, als Stalter und Herren der Geschichte. So sind wir auch als nicht nur Stoff und Zahl. Der Führer besteht nur durch die Wirkung mit uns. Er ist in uns, wie wir in ihm. Führung wird zu einer Aufgabe, der jeder, auch der letzte, pflichtig ist.

Ob wir uns als Führer, Helfer oder Gefolgschaft fühlen, ob wir als bewußte Staatsbürger aktiv am Geschick unseres Landes teilnehmen oder, in romantischem Nihilismus befangen abseits stehen — Geyer bietet jedem von uns eine solche Klarheit über unsere tatsächliche Lage, wie über den Weg, den wir zu gehen haben, daß sein Buch nicht dringender empfohlen werden kann. Es ist ein Lehrbuch demokratischer Politik und Erziehung, wie wir es besser kaum denken können.

**Freien und Feiertunden freudender Menschen.** Zeitfaden zur Abhaltung und Gestaltung von Freien und Feiertunden für alle in Frage kommenden Gelegenheiten, arbeitet von Theo Meyer, Leipzig. Nebst einem Anhang gemelter Gedichte, Lieder und Sprechstücke. Freudentag Verlag G. m. b. H., Leipzig, Pl. Köpferstr. 80, 91 S. Gut haltbar kart. 1,20 Mk. In Ganzleinen 2 Mk. Diese mit Einsicht und Begeisterung zusammengestellte reiche Sammlung ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Freientundenbewegung aus dem Stadium des bloß negativen Kampfes gegen religiöse Gebundenheit und kirchliche Bevormundung zur positiven Aufbauarbeit übergegangen ist. Was weltliche Morallehre auf dem Gebiete der Begründung sittlicher Grundtugenden ohne Religion erfolgreich unternommen hat, das sucht dieses Buch auf dem Gebiete der proletarischen Festkultur. Es wäre irreführend, von Religionsersatz zu sprechen. Gegenfeit: Die Religion ist ein schaler Ersatz für die unergreifbare Zukunftsfreudigkeit Menschen, denen der Sozialismus heiligste Überzeugung bedeutet. So wie der Kapitalismus mit der permanenten Wirtschaftskrise nicht fertig zu werden mag, so ist auch die Religion mit ihrem veralteten Formelwerk nicht mehr in der Lage, die moderne Seelenkrise zu überwinden. Neuer Inhalt drängt nach neuem Ausdruck. Insbesondere die Jugend verlangt ihr Recht auf Anbacht und Vereinerung. In diesem Buche ist stilles Besinnen, lobender Gedanke und tiefe Menschenglaube.

## Aufruf!

Unsere beiden Kollegen Louis Winkler und Hermann Langguth (Arnstadt) sind schon über ein Jahr krank, völlig erwerbsunfähig und so in einer traurigen Lage. Unsere lokalen Mittel sind durch Unterstützung ausbelehnter Mitglieder völlig erschöpft und bitten wir deshalb die Schwesterzahlstellen im Reich, zur Linderung der Not obgenannter Kollegen auch ein Scherlein beizutragen zu wollen. Etwaige Gelder bitten wir zu senden an unseren Kassierer  
F r i e d r i c h E i k e r, Blaue (Thür.), Hauptstr. 60.

## Quittungen.

Für unsere kranken Kollegen Hennlein und Meyerheim in gingen nachträglich von der Zahlstelle Hermsdorf (Thür.) 6.— Mk. ein. Bereits quittiert 101.— Mk. Summa 107.— Mk. Auch dieser Zahlstelle herzlichen Dank im Namen der kranken Kollegen und der Zahlstelle Kl. Weilsdorf.  
J. A.: Hugo Meinunger, Kassierer.

Für unseren kranken Kollegen Reiber gingen folgende Beiträge ein: Arzberg 15.—; Magdeburg, Tiefenfurt, Spandau, Hermsdorf, Markt-Schwaben, Margarethenhütte, Annaburg, Hennigsdorf, Kl. Weilsdorf, Waldenburg, Schönowald, Goldb. Eisenach, Rauenstein je 3.—; Kirchenlamitz, Suhl, Rosslau, Lettau und Meuselwitz je 2.—; Kl. Ingselamt 57.— Mk. Alle Geben im Namen des Kollegen Reiber und der Zahlstelle Coburg den herzlichsten Dank.  
J. A.: Ernst Dalibor, Geschäftsführer.

Für den Kollegen Langbein gingen nachträglich noch von den Zahlstellen Blaue und Grünstadt je 2.— Mk. ein. Und diesen Geben innigen Dank. Bereits quittiert 72.— Mk. Summa 76.— Mk.  
Karl Herr.

## † Sterbetafel †

**Coburg (Eimberg).** Karl Angermüller, Lagerhalter geboren am 8. 11. 1876, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1919.

**Goldb.** Karl Grün, Dreher, geboren am 18. 6. 1866, gestorben an der Borzellinerkrankheit. Organisiert seit 1913.

**Hermsdorf (Mörsch).** Emil Bergner, geb. 10. 10. 1877, gestorben an Tuberkulose. Organisiert seit 1919.

**Meuselwitz.** Emil Holz, Bäcker, geboren am 4. 11. 1859, gestorben an Herzschwäche. Organisiert seit 1918.

**Rauenstein.** Eduard Müller, Former, geboren am 3. 4. 1879, gestorben an Lungenentzündung und Herzschwäche. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

## Steingut-Formen

starke Gegenstände (Platten), saubere Arbeiter, sowie

## Hydrographenreiber

gut eingearbeitet, lebige Leute, für sofort bei guten Lohnungen gesucht.

Steingutfabrik

Adolf Hopf & Co.

Tambach b. Götting.

## 4 bis 5 Dreher für dünne Becher

2 Dreher für Flachgeschirr

1 Geher für Tafelgeschirr

erstklassige Arbeitskräfte, stellen per sofort ein

C. & E. Carstens

Porzellanfabrik

Sorau (M.-L.)

Talentierte Maler, tüchtig im Entwurf guter Exportdecore, firm im Gravieren von Stahlplatten, gewesener Maler, befähigt, ein Personal zu leiten, sucht passende Stellung. Offerten unter „F. 90“ an „Die Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edmund Kenninger, Charlottenburg I, Waisenstr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg I, Waisenstr. 2-5. — Druck: E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29

## Gold-Schmeldeanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17

Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldscheide je nach Qualität bis Mä. 1,70 bezahlt. (7/29)

## Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Begründet 1891  
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle  
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/29)

Modelletrichter, firm in allen Arbeiten, fleißig und nützlich, bewandert in Geschirren und Luxus, sucht Stellung. Gest. Offerten erbitte unter „F. 89“ an „Die Ameise“.